

Unternehmenssteuern | 18.07.2013 | Lesezeit 2 Min.

Bärendienst für Deutschland

Die Oppositionsparteien SPD, Grüne und Linke haben in ihren Wahlprogrammen Steuererhöhungen angekündigt. Vor allem Besserverdiener und Vermögende sollen mehr zahlen. Tatsächlich aber träfe es vor allem Unternehmen und der Standort Deutschland würde erheblich an Attraktivität verlieren.

Von der Einkommenssteuer über die Körperschaftssteuer bis hin zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer – es gibt kaum eine Abgabe auf Gewinne und Vermögen, die nicht mindestens eine Oppositionspartei erhöhen will (vgl. [iwd 8/2013](#)). Erklärtes Ziel ist es, Einkommen und Vermögen „gerechter“ zu verteilen. Die besteuerten Erträge sind aber oftmals Unternehmensgewinne und bei den Vermögen handelt es sich meist um Betriebsvermögen – sei es von Kapitalgesellschaften oder Personenunternehmen. Durch die Pläne der verschiedenen Parteien würden sich also die Steuerlasten für deutsche Unternehmen massiv erhöhen.

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen untersucht, wie stark die Belastungen je nach Parteienkonzept steigen würden und wie sich das auf die Lage Deutschlands im europäischen Wettbewerb auswirken würde. Dabei unterscheidet das ZEW zwischen Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen. Bei den erstgenannten wird zusätzlich noch zwischen der Steuerlast für die Unternehmen (Unternehmensebene) und der Gesamtbelastung für Betriebe und Gesellschafter (Gesamtebene) unterschieden (Grafik):

Auf der Gesamtebene wäre die Mehrbelastung für Kapitalgesellschaften bei den Linken am höchsten –

die Steuerlast würde sich mit einem Anstieg von 127 Prozent mehr als verdoppeln.



Dagegen wirken die Pläne der Grünen mit einer zusätzlichen Steuerlast von 36 Prozent und die der SPD mit knapp 20 Prozent regelrecht bescheiden.

Bei Personenunternehmen kann nicht zwischen Unternehmen und Gesellschafter differenziert werden. Meistens handelt es sich dabei um mittelständische Unternehmen. Hier stiege die Steuerlast bei der SPD um 24 Prozent und bei den Grünen um 40 Prozent. Bei der Umsetzung der Steuerpläne der Linken würde sich die Last sogar verdoppeln.

Im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern hätten alle Vorschläge katastrophale Folgen für den Standort Deutschland. Aktuell liegen die deutschen Unternehmen bei der Belastung im oberen Mittelfeld der EU-Mitgliedsstaaten. Mit den Plänen der Opposition hätte die Bundesrepublik jedoch die zweifelhafte Ehre, in die Spitzengruppe aufzusteigen. Nur die Unternehmen in Frankreich und Spanien müssten dann ähnlich hohe Steuerbelastungen tragen.

Kernaussagen in Kürze:

- Nach den Wahlprogrammen der Oppositionsparteien SPD, Grüne und Linke sollen vor allem Besserverdiener und Vermögende mehr zahlen.
- Durch die Pläne der verschiedenen Parteien würden sich die Steuerlasten für deutsche Unternehmen massiv erhöhen.
- Auf der Gesamtebene wäre die Mehrbelastung für Kapitalgesellschaften bei den Linken am höchsten – die Steuerlast würde sich mit einem Anstieg von 127 Prozent mehr als verdoppeln.